



Medienmitteilung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 3. Juli 2007

Referendum gegen AP 2011 ist fehl am Platz

Der Schweizerische Bauernverband ist gegen das von einigen Westschweizer Bauern lancierte Referendum. Dieses schadet der Landwirtschaft mehr als es nützt.

Eine kleine Gruppe von Westschweizer Bauern um den Genfer Winzer Willy Cretegy hat die Unterschriftensammlung für ein Referendum gegen das eben vom Parlament abgesegnete Paket der Agrarpolitik 2011 lanciert.

Der Schweizerische Bauernverband (SBV) ist gegen dieses Referendum. Nach aufwändiger Koordinationsarbeit zwischen den einzelnen Branchen der Landwirtschaft hat er für die Beratung der AP 2011 einen Forderungskatalog zur Verbesserung der Vorschläge des Bundesrates ausgearbeitet. National- und Ständerat haben diese in den letzten beiden Sessionen in weiten Teilen aufgenommen. So wurde beispielsweise der Zahlungsrahmen um 150 Mio. Franken weniger stark gekürzt, die Verkäsungs- und Siloverbotszulage bleiben auf dem heutigen Niveau erhalten und mit der Zulassung von Parallelimporten wurde ein Zeichen zur Senkung der hohen Produktionskosten gesetzt. Die gebremste Umlagerung von Marktstützungs- in Direktzahlungen trägt zu einem besseren Produzentenpreis bei. Dies ist auch im Sinn des Referendumskomitees.

Ohne Zweifel ist die AP 2011 nach wie vor eine Reform, die von den Bauernfamilien einiges abverlangt. Die Herausforderungen sollten dank den erwähnten Korrekturen aber in einer sozial verträglichen Art zu bewältigen sein. Die Annahme eines Referendums würde bedeuten, dass ab 2008 keine gesetzliche Grundlage für die Finanzierung der Landwirtschaft bestehen würde. Die Gesetzesarbeit müsste von vorne beginnen und der Ausgang wäre mit grosser Wahrscheinlichkeit schlechter als das heutige Resultat.

Das Ziel des Referendums ist es, die überbordende Liberalisierung zu bremsen. Dafür ist die AP 2011 das falsche Objekt, da es sich um eine rein innenpolitische Massnahme handelt. Die Anliegen müssen in die WTO- respektive in die anstehenden bilateralen Verhandlungen miteinbezogen werden.

Für den SBV ist das beabsichtigte Referendum gegen die AP 2011 kontraproduktiv. Die Landwirtschaft kann nur verlieren. Er ruft seine Mitglieder auf, bei der Sammlung der Unterschriften nicht mitzumachen.

Rückfragen:

Martin Rufer, Stv. Leiter Politik und Wirtschaft Tel. 078 803 45 54

Sandra Helfenstein, Mediensprecherin SBV, Tel. 056 462 52 21, Mobile 079 826 89 75

www.sbv-usp.ch